

dort teilweise Listen aushängen. Die haben auch in einem beschränkten Maße Arbeitskräfte vermittelt.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herzlichen Dank. Professor Vollmer bitte.

Prof. Dr. Uwe Vollmer: Vielleicht noch einen Satz zu Herrn Spiller. Ich sehe das auch so, und das knüpft auch an das an, was ich eben gesagt habe, daß Sozialpolitik an den Träger der Arbeit, der menschlichen Arbeit, geknüpft war. Das war die Zielsetzung der DDR-Sozialpolitik.

Gesprächsleiter Abg. Reinhold Hiller (Lübeck) (SPD): Herzlichen Dank auch für die Disziplin, sich um kurzen Antworten zu bemühen. Ich möchte mich bei den Herren auf dem Podium bedanken für die Bereitschaft, heute erschienen zu sein und mit uns zu diskutieren, und wünsche Ihnen allen eine schöne Mittagspause.

In dem Restaurant besteht die Möglichkeit zum Mittagessen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich möchte noch darauf hinweisen, daß ich die Absicht habe, um 12.45 Uhr tatsächlich zu eröffnen. Ich sage das deswegen, weil das schöne Wetter wahrscheinlich den einen oder anderen zu einem Spaziergang motiviert. Ich bitte Sie, pünktlich zu sein.

[Mittagspause]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Meine Damen und Herren, wir fahren in der Sitzung der Enquete-Kommission fort. Ich freue mich, daß ich heute für die Kommission Herrn Dr. Hans Geisler, Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie begrüßen kann. Herr Minister, Sie sind nicht nur zu einem Grußwort zu uns gekommen, wie das in den meisten Fällen üblich ist, wofür wir natürlich auch dankbar sind. Sie haben sich dazu bereit erklärt, heute einen Sachvortrag zu dem Thema „Die Umgestaltung der Arbeits- und Sozialordnung und deren Wirkungen in den neuen Bundesländern“ zu halten. Das freut uns natürlich besonders. Wir sind sehr gespannt darauf, weil Sie aufgrund Ihrer Biographie wissen, wovon Sie reden.

Die Diskussion wird nachher unser Kollege Abg. Werner Kuhn moderieren. Ich darf Sie jetzt bitten, zunächst Ihren Vortrag zu halten.

Sächsischer Staatsminister für Soziales, Gesundheit und Familie, Dr. Hans Geisler, MdL: Meine Damen, meine Herren, das Thema ist genannt. Nachdem Sie bereits auf meine Biographie zu sprechen kamen, möchte ich noch einiges dazu ergänzen. Ich wurde 1940 fünfundzwanzig Kilometer östlich von Görlitz geboren und bin ungefähr fünfundzwanzig Kilometer westlich von Görlitz aufgewachsen und zur Oberschule gegangen. 1958 bestand ich mein Abitur, begann danach eine Färberlehre, und 1960 begann ich mit dem Chemiestudium in Dresden, das ich 1965 zum Abschluß brachte. Dann ging ich nach Meinsberg, einem kleinen Ort bei Waldheim, wo Professor Schwabe, der damalige Direktor der TU Dresden, noch ein privates Institut hatte, war

dort wissenschaftlicher Mitarbeiter und habe 1970 promoviert. Ab 1969 war ich 7 Jahre lang in Leipzig in der sportärztlichen Hauptberatungsstelle tätig, also im Leistungssport der DDR, und ab 1976 bis Mai 1990 war ich Laborleiter im Diakonissenkrankenhaus in Dresden. Im Herbst 1989 kam ich dann über den Demokratischen Aufbruch in die Volkskammer. In der de Maizière-Regierung wurde ich Parlamentarischer Staatssekretär für Familie und Frauen bei der Frau Ministerin Schmidt und wurde dann ab November 1990 in Sachsen Sozial-, Gesundheits- und Familienminister.

Das mir gestellte Thema spannt einen weiten Bogen. Jedem von uns ist lebendig bewußt, wo der eigentliche Ausgangspunkt zur Umgestaltung Ostdeutschlands liegt. Unvergeßlich ist der Herbst 1989 mit seinen Montagsdemonstrationen, die getragen waren von dem Drang nach Reformen – der Freiheit und Selbstbestimmung, ja auch nach Umgestaltung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in dem erstarrten SED-Staat. Dabei ist uns bewußt, ohne die wirtschaftliche Schwäche, den wirtschaftlichen Bankrott, wären die Machthaber nicht so friedlich abgetreten.

Der Ruf „Wir sind ein Volk“ war schon das Ergebnis einer ersten Etappenstrecke. Er signalisierte bereits damals überdeutlich die Hoffnungen und Erwartungen, die unendlich viele ostdeutsche Menschen in Richtung Westdeutschland hegten.

Zwar wurde die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der alten Bundesrepublik keineswegs von jedermann als uneingeschränkt beispielgebend angesehen, aber insgesamt anerkannten die allermeisten, welche Chancen und Möglichkeiten sich einer Gesellschaft eröffnen, die – wie die Bundesrepublik und die anderen westlichen Demokratien – auf den Prinzipien Freiheit, Solidarität und Rechtsstaatlichkeit begründet ist.

Darüber hinaus gab es aber auch sehr viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in Ostdeutschland, die weit überzogene und damit unrealistisch hohe Erwartungen an die alte Bundesrepublik stellten. Viele hatten einfach verdrängt, daß jahrzehntelange harte Aufbauarbeit die Bundesrepublik wirtschaftlich zu dem gemacht hatte, was da existierte.

Die Bundesrepublik war zu keiner Zeit das Schlaraffenland, in der alle Wünsche erfüllbar sind. Zwar mögen manche Politikeräußerungen aus der damaligen Zeit mit dazu beigetragen haben, daß die Aufbauarbeit in Ostdeutschland schnell und ohne größere Probleme vorankommen würde und daß notwendige Umbrüche leichter bewältigt werden könnten. Aber wir müssen auch ehrlicher Weise sagen: Niemand von uns „Machtlosen“ hatte damals wirklich gewußt, wie sehr die ostdeutsche Wirtschaft und Infrastruktur am Boden lag und was der Zusammenbruch des gesamten Osthandels in der Konsequenz bedeuten würde. Herr Schürer hat dazu natürlich etwas anderes gesagt, aber ich habe bewußt von uns „Machtlosen“ gesprochen. Für all diese Ereignisse gab es ja bislang weltweit keine Vorbilder.